

# Eine neue Kultur der Selbständigkeit

Voraussetzung für ökonomischen und sozialen Fortschritt



ARBEITSKREIS MITTELSTAND

**FRIEDRICH  
EBERT**  
**STIFTUNG**

Wirtschafts-  
und Sozialpolitik

2/2006



# **Friedrich-Ebert-Stiftung**

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Arbeitskreis Mittelstand

## **Eine neue Kultur der Selbständigkeit**

Diese Publikation basiert auf einer Veranstaltung des Arbeitskreises Mittelstand zum Thema „Eine neue Kultur der Selbständigkeit - Motor für mehr Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung“ am 30.11.2005 in Berlin und einer weiteren Befassung mit dem Thema durch eine Arbeitsgruppe, der die folgenden Personen angehörten:

*Klaas Hübner*, Mitglied des Deutschen Bundestags

*Dr. Gabriele Kirch-Verfuß*, WISSENSWERT Unternehmensberatung

*Horst Kuschetzki*, Edscha AG

*Michael Richter*, Institut für Wirtschafts- und Politikforschung Richter & Schorn

*Harald Schaefer*, Cologne Chip AG

*Manfred Schmidt*, schmidt + brandt dienstleistung

*Helmut Weber*, Friedrich-Ebert-Stiftung

Verfasser: *Michael Schorn*, Institut für Wirtschafts- und Politikforschung Richter & Schorn  
([www.iwp-koeln.org](http://www.iwp-koeln.org))

Herausgegeben von  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Wirtschafts- und Sozialpolitik  
Godesberger Allee 149, D-53170 Bonn  
<http://www.fes.de/wirtschaftspolitik/>  
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign Bonn  
Dezember 2006  
ISBN 3-89892-544-7

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Vorwort</b> .....	<b>5</b>
<b>auf einen Blick</b> .....	<b>8</b>
Brauchen wir eine neue Kultur der Selbständigkeit? .....	12
Unternehmerimage und Manager .....	14
Erziehung und Ausbildung.....	17
Soziale Sicherung und Scheitern.....	21
Gründungskompetenz bei Kleinstgründungen.....	23
Wissenstransfer aus der Hochschule in KMU.....	25
Verständnis für unternehmerisches Handeln.....	26
Referenten, Mitglieder der Arbeitsgruppe, Moderator.....	32
Zum Arbeitskreis Mittelstand .....	33



## Vorwort

Der für diese Publikation gewählte Titel mag manchen Leser fragen lassen, ob ein zusätzlicher Beitrag zum Thema Existenzgründung wirklich notwendig sei. Dabei wird jedoch oft übersehen, dass eine Kultur der Selbständigkeit weit über die Schaffung von Erleichterungen für Unternehmensgründer hinausgeht. Selbständigkeit ist ein wesentliches Merkmal hoch entwickelter Gesellschaften, in denen der Einzelne Verantwortung für sich und für andere übernimmt. Soziale und demokratische Gesellschaften können – das hat die Geschichte gezeigt – nur existieren, wenn ihre Bürger ein Mindestmaß an Selbständigkeit und damit Mündigkeit besitzen. Förderung von Selbständigkeit darf also nicht einfach mit Sozialabbau und Wirtschaftsförderung gleichgesetzt werden. Vielmehr ist sie die Voraussetzung für gesellschaftliche Stabilität und wirtschaftliches Wachstum durch neue engagierte Unternehmer.

Selbständigkeit betrifft viele Lebensbereiche: Elternhaus, Schule, Ausbildung, Forschung und soziale Sicherung sowie das Verhältnis von Staat zu Wirtschaft und Arbeitnehmer zu Arbeitgeber. Wenn wir insbesondere über Selbständigkeit und die Beziehung von Unternehmern und Politik sprechen, müssen wir uns gegenseitig vier Wahrheiten vor Augen führen:

Erstens: Es ist nicht Aufgabe eines Unternehmers Arbeitsplätze zu schaffen. Er muss sein Unternehmen voranbringen und sich auf den Märkten behaupten. Der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens kommt schließlich auch den Arbeitnehmern zu Gute. Da ein Unternehmer das volle Risiko seines wirtschaftlichen Handelns trägt, ist im Erfolgsfall auch ein hohes Verdienst gerechtfertigt.

Zweitens: Es besteht ein erheblicher Unterschied zwischen einem Unternehmer und einem Manager. Im Gegensatz zum Unternehmer haftet der Manager nicht für sein wirtschaftliches Handeln. In den öffentlichen Diskussionen wird diese Differenzierung häufig nicht vorgenommen. So schädigen die Debatten über zu hohe Managergehälter auch den Ruf des Unternehmertums in Deutschland. Eine Differenzierung zwischen Unternehmern und Managern ist notwendig.

Drittens: Politiker sind nicht mit der Lösung betrieblicher Probleme beauftragt. Die Anspruchshaltung mancher Unternehmer ist in vielerlei Hinsicht überzogen. Wer z.B. den Bürokratieabbau will, darf nicht gleichzeitig bei allen Problemen nach dem Staat als Problemlöser rufen. Man kann auch nicht einerseits eine Vereinfachung des Steuerrechts fordern und andererseits vor der Abschaffung von Ausnahmetatbeständen zurückweichen, weil lieb gewonnene Privilegien auf dem Spiel stehen. Wer in Deutschland ein Unternehmen gründen will, findet ein breites Angebot an Unterstützungsleistungen vor. Den Unternehmern stellt unsere Gesellschaft eine erstklassige Infrastruktur, Rechtssicherheit und politische Stabilität zur Verfügung. Im Gegenzug haben Unternehmer die Verpflichtung, sich in das soziale Gefüge der Gesellschaft einzupassen. Sie müssen anerkennen, dass Politik letztlich immer die Kunst des Möglichen und damit des Kompromisses ist. Demokratische Politik kann kaum je die Durchsetzung unverfälschter, reiner und damit letztendlich auch einseitiger Positio-

nen bedeuten. Wir sollten uns darum bemühen, das wechselseitige Verständnis zwischen Politik und Wirtschaft zu fördern. Das entspricht dem gemeinsamen Interesse von Bürgern und Unternehmen am wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes und kann die Herausbildung einer „Neuen Kultur der Selbständigkeit“ unterstützen.

Viertens: Dauerhaft abhängige Beschäftigung wird nicht mehr der Regelfall in den Berufsbiographien der Zukunft sein. Der Trend zu mehr selbständiger Arbeit, z.B. durch Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus oder durch freiberuflich Tätige, ist klar erkennbar. In der wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft von morgen wird Selbständigkeit einen weit größeren Stellenwert als heute einnehmen. Auf diese Situation müssen wir die Menschen vorbereiten und sie zu mehr selbständigem Denken und Handeln anregen. Klassische Standortfaktoren wie Infrastruktur und Attraktivität für Kapital können alleine nicht die Wohlfahrt unseres Landes sichern. Es kommt auch auf die Bildung und Kreativität der Menschen an.

Im Wissen um diese vier Wahrheiten müssen Gesellschaft und Politik weiterhin mit der Zeit gehen. Dabei soll die Sozialdemokratie auch in Zukunft die Heimat der kleinen Leute sein. Das heißt eben auch, Heimat der Selbständigen zu sein, gerade weil viele Menschen aus der Arbeitslosigkeit oder aus dem Angestelltenverhältnis heraus in die Selbständigkeit wechseln. Deren Betriebe sehen anders aus als das öffentlich vorherrschende Bild von Unternehmen. Es darf uns aber natürlich nicht allein um Ein-Personen-Gesellschaften gehen. Der gesamte Mittelstand ist und bleibt das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Die ganze Bandbreite der Selbständigkeit verdient daher unsere Unterstützung.

Es gilt in der Politik – genauso wie in der Gesellschaft – manchen Mythos über unternehmerische Tätigkeit aufzuklären und die Chancen und Risiken der Selbständigkeit aufzuzeigen. Das vorliegende Memorandum leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Klaas Hübner, MdB

Berlin im Dezember 2006





## auf einen Blick ...

### ► ***Die Selbständigkeit ist eine gleichwertige Alternative***

Die Gründungsquoten sowie der Anteil potentiell wachstumsstarker Gründungen zeichnen – auch im internationalen Vergleich – ein positives Bild für Deutschland. Dennoch sehen die Deutschen die Selbständigkeit nicht wirklich als gleichwertige Alternative zu einem Anstellungsverhältnis. In keinem anderen Land schätzen die Bürger die Möglichkeiten für eine erfolgreiche Unternehmensgründung so schlecht ein wie in Deutschland. Ein Drittel der Gründer startet das Unternehmen eher aus der Not heraus. Die Gründe für diesen Missstand liegen nicht zuletzt in der Kultur einer Gesellschaft begründet, die sich aber nicht mit einzelnen kurzfristigen Fördermaßnahmen nachhaltig beeinflussen lässt. Vielmehr sind die grundsätzlichen sozioökonomischen Determinanten einer Kultur der Selbständigkeit zu identifizieren, um Ansätze zu formulieren, die zu einer Stärkung des Unternehmertums führen.

### ► ***Manager sind keine Unternehmer***

Das Image von Unternehmern ist stark durch Misstrauen geprägt. Man achtet zwar den Unternehmer aufgrund seiner Strebsamkeit, hält ihn aber für egoistisch und – im Gegensatz zur eigenen Einschätzung der Unternehmer – nicht verantwortungsbewusst gegenüber der Gesellschaft. Ein Grund dafür ist die starke Medienpräsenz von Managern, die aber keine Unternehmer im eigentlichen Sinne sind. Als weitere Ursache für das verzerrte Unternehmerbild kommt auch die Zahl der Beschäftigten in Großunternehmen in Betracht. Während ein kleines Unternehmen zwei, drei oder vier Arbeitsplätze zur Disposition hat, werden bei Industrieunternehmen nicht selten mehrere hundert Beschäftigte eingestellt oder entlassen, womit eine entsprechende öffentliche Wahrnehmung verbunden ist.

### ► ***Selbständigkeit will erlernt sein***

Die Einstellung der Bürger zu Unternehmertum und Selbständigkeit kann die Politik zwar nicht innerhalb von vier Jahren ändern, aber doch mit sowohl lang- als auch kurzfristig wirkenden Instrumenten unterstützen. Insbesondere die allgemein verbindliche Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs könnte die Kompetenzen zur Selbständigkeit und Verantwortung gegenüber der eigenen Person sowie der Gesellschaft stärken. Dies betrifft auch die Berufsschu-

len, da die berufliche Bildung nach Ansicht von Experten nur wenig auf eine Selbständigkeit vorbereitet. Einen viel versprechenden, aber noch zu wenig ausgeprägten Ansatz stellen die derzeit rund 50 Gründungslehrstühle dar, wobei sich KMU im Hinblick auf die akademische Ausbildung insgesamt einen stärkeren Bezug zum Mittelstand wünschen.

► ***Deutschland braucht eine „Kultur der zweiten Chance“***

Ein bedeutsames Hemmnis für eine Entscheidung zur Selbständigkeit ist die Angst zu scheitern. Um einen potentiellen Gründer zu ermutigen statt abzuschrecken, bedarf es zum einen eines gesellschaftlichen Bewusstseinswandels im Hinblick auf „gescheiterte“ Unternehmer. Dies gilt insbesondere für Kreditinstitute und Personalverantwortliche anderer Unternehmen, die der Erfahrung eines ehemaligen Unternehmers einen höheren Wert beimessen sollten. Zum anderen darf ein unternehmerisches Scheitern nicht unmittelbar in die Armutsfalle führen.

► ***Netzwerke optimieren die Gründungsförderung und den Wissenstransfer***

Auf keinen Fall scheidet eine Unternehmung hingegen an fehlenden Angeboten zur Gründungsförderung. Deutschland wird von Experten eine internationale Spitzenstellung in diesem Bereich attestiert. Allenfalls die Vernetzung und die Unterstützung von in die Krise geratenen Unternehmen bieten noch Optimierungspotentiale.

Ebenfalls prinzipiell vorhanden sind die Möglichkeiten für mittelständische Unternehmen, akademisches Wissen durch Forschungsk Kooperationen zu nutzen. Allerdings stehen KMU oft die erforderlichen Ressourcen für eine Kooperation nicht zur Verfügung. Dies betrifft in etwa in gleichem Maße die Aufwendungen für Personal, Finanzierung und Management einer Kooperation. Hier kann die Politik unterstützend eingreifen, indem sie dauerhafte Netzwerke aufbaut. Inwieweit Kooperationen mit Forschungseinrichtungen im konkreten Fall dann zum Erfolg führen, hängt von der Effizienz des Projektmanagements ab.

► ***Verständnis ist der Schlüssel zu einer neuen Kultur der Selbständigkeit***

Einen erheblichen – sowohl ökonomischen als auch psychologischen – Einfluss auf eine Kultur der Selbständigkeit hat das Vorhandensein für unternehmeri-

sches Handeln bei denen, die einen mitunter erheblichen Einfluss auf den Unternehmenserfolg nehmen, wozu Politiker und Mitarbeiter in Behörden sowie Banken, aber auch Arbeitnehmer gehören.

► ***Eine gute Gesetzgebung braucht Unternehmer***

Die bisherige Praxis der Anhörung von Verbandsvertretern hat sich im Hinblick auf die Vertretung der Interessen von KMU als wenig hilfreich erwiesen. In der Politik mehr Verständnis für mittelständische Belange zu schaffen wäre aber dennoch möglich, wenn mittelständische Unternehmen direkt ohne einen spürbaren Mehraufwand in den Gesetzgebungsprozess eingebunden wären und den Erfolg ihres Engagements erkennen könnten.

► ***Gesetze lassen sich so oder so anwenden***

Ebenfalls mehr Verständnis wünschen sich Unternehmen von Behörden. Eine bessere Umsetzung geltenden Rechts an der Schnittstelle zwischen mittelständischer Wirtschaft und Verwaltung lässt sich allerdings nur zum Teil durch Gesetze steuern. Daher müssen Verwaltungen – noch mehr als bisher geschehen – lernen, sich bei der Anwendung von Gesetzen in erster Linie an den Bedürfnissen der Bürger auszurichten.

► ***Transparenz und Rentabilität sollten über eine Finanzierung entscheiden***

Aber nicht nur staatliche Instanzen haben nach Meinung der Mittelständler Defizite im unternehmerischen Denken, was im Fall der Kreditinstitute dazu führt, dass an sich rentable Unternehmungen keine Finanzierung mehr erhalten. Sicherlich haben auf der einen Seite noch nicht alle Unternehmen das Gebot der Transparenz, das sich nicht zuletzt aus den Bestimmungen von Basel II ergibt, verinnerlicht. Dennoch sind auf der anderen Seite auch die Mitarbeiter in den Banken nicht immer zur Durchführung eines Ratings unter Berücksichtigung qualitativer Faktoren – hierzu gehören eben auch die Unternehmereigenschaften – ausreichend qualifiziert. Hinzu kommt, dass Banken nur wenig Interesse an der Vergabe von Kleinstkrediten an Unternehmen haben, da der – zum Teil auch staatlich induzierte – Verwaltungsaufwand das Finanzierungsengagement für beide Seiten uninteressant macht.

► ***Echte Partizipation nützt Unternehmern und Beschäftigten***

Schließlich sind auch die Arbeitnehmer ein wichtiger Teil einer Kultur der Selbständigkeit. Eigentlich müssten Unternehmer und Arbeitnehmer bei der Erwirtschaftung des Ertrags an einem Strang ziehen. Gründe, warum dies nicht immer der Fall ist, liegen mitunter in dem Problem der fehlenden Zurechenbarkeit von Leistung und Erfolg. In diesem Zusammenhang spielen auch Instrumente der Partizipation, wie z.B. Betriebsräte, institutionalisierte Mitarbeiterbesprechungen, Qualitätszirkel und die Beteiligung der Mitarbeiter an wichtigen Unternehmensentscheidungen eine wichtige Rolle. Für den Erfolg solcher Partizipationsmodelle müssen jedoch sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber sowie deren Interessenvertreter die Bereitschaft zum gegenseitigen Verständnis mitbringen. Echte Partizipation lässt sich eben nicht verordnen. Dem Staat kommt in diesem Kontext mehr die Aufgabe zu, den ordnungspolitischen Rahmen so zu gestalten, dass Partizipation grundsätzlich, wenn sie denn von Arbeitnehmern und -gebern gewünscht wird, möglich ist.

## Brauchen wir eine neue Kultur der Selbständigkeit?

Die Frage nach der Notwendigkeit einer neuen Kultur lässt sich zumindest für Deutschland nicht nur mit ja oder nein beantworten. Hinter dem Kulturbegriff verbirgt sich nicht weniger als alles das, was eine Gesellschaft ausmacht. Dementsprechend werden sich immer Merkmale finden, die einen positiven respektive negativen Einfluss auf die selbständige Erwerbstätigkeit haben.

Eine Möglichkeit, sich der Antwort anzunähern, bietet der Global Entrepreneurship Monitor – kurz GEM, der Unternehmensgründungen im sozialen, kulturellen und politischen Kontext international einmal jährlich vergleicht. Aus diesem Kontext sind 2004 13 Indizes zu den gründungsbezogenen Rahmenbedingungen abgeleitet und bei Experten evaluiert worden. In diesem Vergleich belegt Deutschland einen durchaus respektablen Platz im oberen Drittel über alle Indizes hinweg. Auch ein Vergleich der Gründungsquoten und der Anteil potenziell wachstumsstarker Gründungen zeichnet ein positives Bild. Und dennoch sehen laut GEM die Menschen in keinem anderen Land die Möglichkeiten für eine erfolgreiche Unternehmensgründung so schlecht wie in Deutschland.

*Deutsche gründen nicht  
wirklich gern*

Um den scheinbaren Widerspruch aufzulösen, hilft zunächst einmal eine differenzierte Betrachtung der Indizes über die Rahmenbedingungen. Während die öffentliche Förderstruktur internationale Spitze ist, bewegt sich Deutschland im Hinblick auf Regulierung, Steuern, gründungsbezogener Ausbildung und – hier von besonderem Interesse – gesellschaftliche Werte und Normen im unteren Mittelfeld. Bereits die GEM-Studie 2002 kam wie auch schon in den vorangegangenen Jahren zu dem Ergebnis, dass die „deutsche Mentalität nicht förderlich für Gründungen“ ist. So wurden die Anreize zur Eigeninitiative sowie die Einstellung zur Selbständigkeit und Individualität von den befragten Experten im internationalen Vergleich skeptisch beurteilt. In dieses Bild fügt sich dann auch die Motivation der Gründer ein. So kommt auf zwei Gründer, die in ihrem Unternehmen in erster Linie eine Chance sehen, ein Gründer, der sich aus der Not heraus selbständig gemacht hat. Dieses Verhältnis von Chance- und Notgründung fällt bei fast allen in der GEM-Untersuchung betrachteten Ländern mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen günstiger aus. Die Deutschen gründen also weniger gerne, als dies auf den ersten Blick aussah. Dies legt den Schluss nahe, dass die Selbständigkeit bei vielen Erwerbstätigen keine selbstverständliche Alternative zur Beschäftigung als Arbeitnehmer darstellt.

Aus diesem Grund ist die Anmahnung einer neuen Kultur zur Selbständigkeit nicht nur nachvollziehbar, sondern dringend geboten, zumal der Staat an seine Grenzen stößt. Die Politik kann selbst – die öffentliche Verwaltung einmal ausgenommen – keine Arbeitsplätze schaffen.

Neue Unternehmen respektive neue Selbständige hingegen ermöglichen zusätzliche Potentiale für Beschäftigung.

Die Grenzen des Staats zeigen sich aber nicht nur bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern auch bei der Sicherung und Versorgung der Bürger insgesamt. Zum einen ist die Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer mit einer zunehmenden Unsicherheit behaftet, zum anderen unterliegen auch die Sozialsysteme ökonomischen Zwängen, die die Leistungen des Staats begrenzen. In der daraus resultierenden Notwendigkeit zu mehr Selbständigkeit nicht nur ein Übel, sondern eine Chance zu sehen, wäre sicherlich Aufgabe einer neuen Kultur der Selbständigkeit. Ein erster Schritt dazu könnte mehr Ehrlichkeit im Umgang mit dem Thema Eigenverantwortung sein.

Was aber ist mit der „alten“ Kultur der Selbständigkeit? Schließlich war gerade in Deutschland das Unternehmertum in Form des Mittelstands immer

eine tragende Säule von Wirtschaft und Gesellschaft. In den Jahren des Internetbooms erschienen „typische“ Mittelständler – z.B. im Anlagenbau – mit nur einstelligen Umsatzrenditen geradezu anti-quiet. Nach dem Platzen der Blase zeigte sich dann aber die Stärke dieser Form

des Unternehmertums. So bedeutet die Stärkung einer neuen Kultur der Selbständigkeit in gewisser Weise vielleicht auch nur die Wiederentdeckung der alten, zumindest aber nicht das Gegenteil davon. Ein Merkmal gerade der traditionsreichen Familienunternehmen ist die langfristige Ausrichtung und Unabhängigkeit von Anteilseignern mit

nur kurzfristigem Gewinnstreben. Der nicht nur ideelle, sondern vor allem ökonomische Wert dieser

Kultur von Unternehmertum spiegelt sich im GEX (German Entrepreneurial Index) wider, dessen gelistete Unternehmen im Vergleich zu denen im DAX deutlich erfolgreicher sind.

Weil der Kulturbegriff mehr als nur einzelne Gruppen oder Instrumente betrifft, soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, die grundsätzlichen sozioökonomischen Determinanten einer Kultur der Selbständigkeit zu identifizieren und Ansätze zu formulieren, die zu einer Stärkung des Unternehmertums führen.

**Die Selbständigkeit gewinnt zunehmend an Bedeutung**

**Unternehmerische Tradition wird wieder neu entdeckt**

## Unternehmerimage und Manager

Die Entscheidung, ein Unternehmen zu gründen oder zu übernehmen, wird sicherlich zu einem großen Teil durch ökonomische Faktoren bestimmt. Dennoch nimmt auch das gesellschaftliche Ansehen des ausgeübten Berufs einen erheblichen Einfluss auf die Erwerbsbiographie. Fragt man Unternehmer nach ihrem Image, lässt sich tendenziell kein positives Bild zeichnen. So sehen in der Befragung zur Studie MIND 2004 rund ein Drittel der Unternehmer das Unternehmerbild zu negativ bewertet. Die Selbsteinschätzung wird bestätigt durch die Ergebnisse der GEM-Studien. Nach Vorbehalten gegenüber erfolgreichen Unternehmensgründern gefragt, antworteten in der Bürgerbefragung 1999 30 % mit „Ja“. Diese Einstellung wurde von der Hälfte der befragten Experten bestätigt. Auch wenn von den Autoren in den folgenden Jahren eine Verbesserung des Gründungsklimas konstatiert wurde, so handelte es sich hier um keine grundlegende Änderung.

Dabei sind Unternehmer durchaus – nach eigenem Bekunden – bereit, gesellschaftliche Verantwortung zu tragen. Laut MIND 2004 sind 61 % der Befragten der Meinung, Unternehmer tragen eine größere gesellschaftliche Verantwortung als andere Gruppen, wobei davon 69 % diese

***Man achtet den Unternehmer, man liebt ihn aber nicht***

Verantwortung durch soziales Engagement wahrnehmen. Die Selbsteinschätzung der Unternehmer scheint jedoch von der Gesellschaft so nicht bestätigt zu werden. Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2001 sehen die Deutschen den Unternehmer nur zu 46 % als verantwortungsbewusst und gar nur 16 % als sozial eingestellt. Die Bevölkerung sieht den Unternehmer eher als hart arbeitenden (68 %), willensstarken (65 %) Menschen mit einem großen Durchhaltevermögen (60 %) und einem Blick für Chancen und Entwicklungen (60 %). Aber auch Egoismus wird mit dem Bild des Unternehmers verbunden. 48 % der befragten Deutschen stimmte der Einschätzung zu, der Unternehmer denke fast nur an seine eigenen Interessen.

Das tiefe Misstrauen in die Absichten des Unternehmers zeigt sich beispielsweise an den verschiedenen – sowohl horizontalen als auch vertikalen – Beschränkungen der Verlustverrechnung. Zum Teil aus fiskalischer Not, zum Teil durch die öffentliche Meinung gedrängt wird der Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit verletzt. Will ein Unternehmer durch die Gründung eines Tochterunternehmens expandieren, kann die Besteuerung von per Saldo nicht vorhandenen Gewinnen zu kritischen Liquiditätsengpässen führen. Dabei ist die



gesellschaftsrechtliche Dezentralisierung in wachsenden Unternehmen nicht steuerrechtlich, sondern betriebswirtschaftlich motiviert. Dennoch bewirken die derzeitigen Regelungen, dass bei Beteiligungen die steuerliche Belastung davon abhängt, auf welcher Stufe bzw. in welchem Beteiligungsstrang Aufwendungen angefallen sind. Auf diese Weise verhindert Misstrauen Unternehmertum und wirtschaftliches Wachstum. Steuersystematisch richtig und auch leistungsgerechter wäre die Besteuerung der wirtschaftlichen Einheit als Ganzes. Ausgangspunkt der Überlegungen sollte dabei nicht der multinationale Konzern sein, sondern das mittelständische Unternehmen, das in Deutschland wachsen will.

Möchte man wissen, wie ein solches Image entstehen kann, muss man zunächst einmal danach fragen, wer das Bild vom Unternehmer in der Öffentlichkeit prägt. Nach Ansicht der in der MIND 2004 befragten Unternehmer sind dies mit 46 % bzw. 41 % in erster Linie Print- und TV-Journalisten. Erst danach rangieren die Politiker mit 38 %. Das Image wird also vor allem durch die in den Medien dargestellten Unternehmer bestimmt. An dieser Stelle weisen Unternehmer in Gesprächen allerdings darauf hin, dass es sich dabei oft nicht um Unternehmer, sondern um Manager handelt. Managern fehlen aber wesentliche Eigenschaften eines

***Manager sind keine Unternehmer***

Unternehmers, wie z.B. Selbstbestimmung und die Bereitschaft, die Konsequenzen des unternehmerischen Risikos zu tragen. Allein aufgrund der unterschiedlichen Stellungen eines Unternehmers und eines Managers im System ist Letzterem eine langfristige und gesellschaftlich engagierte Unternehmensführung nur schwer möglich. Manager in einem kapitalmarktbasieren Wirtschaftssystem sind überwiegend Analysten Rechenschaft schuldig und nicht unternehmerisch denkenden Anteilseignern. Aber genau hier liegt der Unterschied zum Unternehmer, der – wie in mittelständischen Betrieben üblich – Geschäftsführer und Inhaber in einer Person ist. Dieser Unterschied wird jedoch nicht mehr wahrgenommen, wenn die Begriffe Manager und Unternehmer synonym verwendet werden.

Das öffentliche Unternehmerbild führte wohl auch zu der Vorstellung, ein Unternehmer verdiene soviel wie ein Konzernmanager. In der Realität verdienen jedoch insbesondere Inhaber kleiner Unternehmen – die mit Abstand größte Gruppe von Unternehmen – häufig weniger als vergleichbare Angestellte. Durch diese Diskrepanz erklärt sich vielleicht auch das Paradoxon, dass die Unternehmensgründung eines Freundes durchaus anerkannt, die Unternehmerschaft als Ganzes aber kritisch beäugt wird.

So scheint das Bild vom Zigarre rauchenden Ausbeuter und der damit verbundene Neid immer noch bei vielen Menschen – nicht zuletzt auch bei Politikern, die nur selten Unternehmer sind – verhaftet zu sein, ohne wirklich etwas über den typischen Unternehmer zu wissen. Entsprechend bieten sich für Interessenvertreter viele Möglichkeiten, ein je nach Opportunität verzerrtes Bild zu zeichnen. Hierzu gehören diverse Stellungnahmen von Seiten sowohl der Gewerkschaften als auch der Verbände, die in der Öffentlichkeit – selbst wenn diese im Kern berechtigt sein mögen – als Polemik oder Drohung wahrgenommen werden.

Eine sachlichere Diskussion wäre aber sicherlich möglich, denn die statistischen Daten über die tatsächliche Situation mittelständischer Unternehmen werden ja in großem Umfang erhoben. Eine regelmäßige Publikation in allgemeinverständlicher Form könnte zumindest mittel- bis langfristig mit manchen Vorurteilen aufräumen.

In diesem Kontext spielt auch das in den vergangenen Jahrzehnten ausgeprägte Lagerdenken eine wichtige Rolle. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich mehr als Gegner denn als Partner sehen, behindert dies die Teilhabe der Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg. Damit verbunden haben

breite Schichten der Gesellschaft ein nur geringes Interesse an unternehmerischen Zusammenhängen.

Als Ursache für das verzerrte Unternehmerbild kommt neben der Medienpräsenz von Lobbyisten und Managern auch die Zahl der Beschäftigten in Großunternehmen in Betracht. Während ein kleines Unternehmen zwei, drei oder vier Arbeitsplätze zur Disposition hat, werden bei Industrieunternehmen nicht selten mehrere hundert Beschäftigte eingestellt oder entlassen. In letztem Fall schwappt dann die Welle der Empörung mitunter auf die gesamte Wirtschaft über und erfasst so auch kleine Unternehmen, wenn die Politik den Verfehlungen von Managern etwa mit neuen Regulierungen begegnet. Umgekehrt werden Großunternehmen bei der Ansiedlung durch den Staat – sei es durch Bund, Land oder Kommune – ungleich höher subventioniert als KMU. Diese Fokussierung der Politik – aber auch der Gewerkschaften – und die damit verbundene Asymmetrie von Kosten und Nutzen fördern eher eine Industriekultur als eine Kultur der Selbständigkeit. Eine deutlicher kommunizierte Adressierung von Lob und Tadel sowie die Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs wären somit erste Schritte zur Stärkung des Unternehmerimages.

***Mangels Masse des einzelnen Unternehmens besteht am Mittelstand nur wenig Interesse***

## Erziehung und Ausbildung

Die Vermittlung von Kultur beginnt im Elternhaus. Mit dieser Erkenntnis wird in der Diskussion gerne darauf verwiesen, dass es sich bei der Schaffung einer neuen Kultur der Selbständigkeit um ein langfristiges Projekt handelt. Damit lassen sich allerdings kaum politische Entscheider, deren Horizont auf eine Legislaturperiode gerichtet ist, für eine adäquate Politik begeistern. Dennoch muss man sich damit abfinden, dass Brüche in der eigenen Lebens- und Erwerbsbiographie immer wahrscheinlicher werden. Den damit verbundenen notwendigen Bewusstseinswandel kann die Politik zwar nicht innerhalb von vier Jahren herbeiführen, aber doch mit sowohl langfristig als auch kurz- und mittelfristig wirkenden Instrumenten unterstützen.

Orientiert man sich dabei an der Biographie eines Menschen liegt der erste Schritt zur Selbständigkeit im Elternhaus. Hier kann die Politik tatsächlich nur sehr indirekt einwirken, da dies ein ausschließlich privater Bereich ist. Es stellt sich die Frage, inwieweit die heutige Elterngeneration überhaupt noch zu erreichen ist. Hier spielen die aktuellen persönlichen Erfahrungen eine große Rolle. So können die strukturellen Veränderungen – insbesondere in der eigenen Region – das Interesse für wirtschaftliche Zusammenhänge und

Selbständigkeit bei Eltern wecken. An dieser Entwicklung würden dann auch die Kinder teilhaben. Gerade aufgrund des hohen regionalen Bezugs ist dabei vor allem die Lokalpolitik gefordert.

Der zweite Schritt hingegen wird in der Schule getan, die durchaus von der Politik gestaltet werden kann. Zwar sind Effekte auch hier eher langfristig zu erwarten, jedoch ließen sich Maßnahmen mit verhältnismäßig wenig Aufwand umsetzen, so dass eigentlich zumindest kein Grund dagegen sprechen würde. In Gesprächen wird im Hinblick auf die schulische Ausbildung vor allem das Fehlen eines eigenständigen Unterrichtsfachs beklagt. Zwar werden im Rahmen gesellschaftswissenschaftlicher Fächer durchaus Inhalte zum Thema Wirtschaft vermittelt, allerdings werden dabei nicht oder nur selten die Grundlagen für selbständiges Arbeiten und das Verständnis für die Zusammenhänge vermittelt. Ohne das Klischee der „68-er Generation“ bemühen zu wollen, ist es dennoch so, dass Unternehmertum wenn überhaupt nur am Rande in der Lehrerbildung behandelt wird. Dementsprechend ist es auch Lehrern – wie auch den meisten anderen Bürgern – nur begrenzt möglich, wirtschaftliche Zusammenhänge darzustellen. Dementsprechend muss es Schülern schwerfallen, sich eine Meinung etwa über Vor- und Nachteile einer angebots- respektive nachfrage-

***Auch die Eltern von heute können noch lernen***

orientierten Politik zu bilden. Wenn dann ein Elternteil eines Schülers von einer Betriebsversammlung erzählt, bei der auf der einen Seite der Gewerkschaftsvertreter forderte, die Löhne müssen für mehr Kaufkraft und Konsum steigen und auf der anderen Seite der Arbeitgebervertreter dem entgegengesetzte, höhere Löhne bedeuten höhere Kosten, die sich nur durch Personalfreisetzen kompensieren ließen, kann der Schüler die Behauptungen der Interessenvertreter nicht bewerten.

Diese subjektive Einschätzung wird in erschreckender Deutlichkeit durch die Expertenbefragung im Rahmen der GEM-Studie bestätigt. Der Länderbericht 2004 stellt fest, dass im Primar- und Sekundarstufe zwar alle Länder Defizite bei der Vermittlung von Selbständigkeit und Unternehmertum aufweisen, Deutschland aber im Vergleich nochmals schlechter abschneidet als die meisten vergleichbaren Länder. Dies legt die Empfehlung nahe, ein Unterrichtsfach zu etablieren, das über die bereits vorhandenen Projekte zur Förderung unternehmerischen Verständnisses an Schulen hinausgeht und explizit Selbständigkeit, Kreativität, Eigeninitiative und Verantwortung zum Inhalt hat.

Wie wichtig Selbständigkeit für die Entwicklung einer Gesellschaft ist, hat

***Nur Projekte zur unternehmerischen Selbständigkeit sind zu wenig***

nicht zuletzt die PISA-Studie gezeigt. Wer in einer zunehmend komplexen Umwelt Probleme lösen soll, muss selbständig denken können. Dabei darf Selbständigkeit nicht nur im unternehmerischen Sinne gesehen werden; vielmehr erstreckt sich Selbständigkeit auf alle Lebensbereiche, womit auch Verantwortung gegenüber der eigenen Person sowie der Gesellschaft verbunden ist. Die Vermittlung dieser grundlegenden Fähigkeiten sollte nicht nur auf einzelne Schulen oder Bundesländer begrenzt bleiben. Auch wenn Bildung in den Kompetenzbereich der Länder fällt, würde ein solches Vorhaben durch einheitliche Standards und Benchmarks erleichtert werden.

In diesem Zusammenhang muss der Staat außerdem mehr Anstrengungen unternehmen, um den Trend zur Mittelmäßigkeit zu bremsen. Ziel sollte grundsätzlich auf jeder Bildungsebene sein, den Kindern und Jugendlichen die jeweils optimale Ausbildung zukommen zu lassen. Dafür bedarf es aber einem Umdenken bei der Beurteilung der Erzieher und Lehrer. So lange die Arbeit im Kindergarten oder in der Hauptschule weniger wert ist als im Gymnasium, werden weite Teile der Bevölkerung auch weiterhin nicht zu erreichen sein.

Die Bedeutung der frühen Vermittlung

von Einstellungen zeigt auch eine Auswertung der GEM-Daten, veröffentlicht im DIW Discussion Paper 501. Danach hat die subjektive und häufig auch verzerrte Sichtweise einen deutlichen Einfluss auf die Entscheidung zur Unternehmensgründung. Dabei schätzen Gründer tendenziell die Erfolgsaussichten höher ein, als dies bei einer objektiven Betrachtung der Fall wäre. Die Autoren betonen, dass zwar viele Gründer sich überschätzen und einige zwangsläufig damit auch fehlen, jedoch auf lange Sicht solch selbstbewusste Gründer erfolgreicher sein können als ihre eher objektiven Kollegen. Nicht zuletzt durch die enorme Zuversicht in die eigenen Fähigkeiten und Chancen sehen solche Erwerbstätigen die Selbständigkeit als mindestens gleichwertige Alternative zur abhängigen Beschäftigung. Um eine solche Zuversicht zu gewinnen, bedarf es aber eben der frühen Vermittlung von Selbständigkeit als etwas Positives.

Jedoch darf auch hieraus nicht gefolgert werden, dass die Politik in der schulischen Ausbildung nur langfristig wirkende Optionen zur Verfügung hätte. Insbesondere in den Berufsschulen ließen sich gegebenenfalls potenzielle Unternehmer aufbauen. Zum einen stehen die Berufsschüler kurz vor der Entscheidung über ihren weiteren beruflichen Werdegang und zum anderen ist der Praxisbezug zum

Unternehmen, in dem sie die Ausbildung absolvieren, gegeben. Außerdem stellt die Berufsschule auch eine Kontaktbörse für Kooperationen dar, die allerdings von der Schule angestoßen werden müssen, da die Schüler vermutlich bislang nur selten über solche Alternativen nachgedacht haben. Von den Möglichkeiten in den Berufsschulen wird jedoch allem Anschein nach nur unzureichend Gebrauch gemacht. Zumindest ergab die Expertenbefragung der GEM-Untersuchung, dass die berufliche Bildung wenig auf die Unternehmensgründung vorbereitet.

Eine Möglichkeit, Selbständigkeit und Unternehmertum in Schulen zu vermitteln, ist die Einbeziehung von Unternehmern z.B. im Rahmen von Gastvorträgen oder Betriebsbesuchen. Die Voraussetzungen für den Erfolg solcher Initiativen müssen dabei von der kommunalen Politik geschaffen werden. Zum einen besitzt diese den Zugang zu den regionalen Unternehmen, zum anderen kann sie in die Schulen hineinwirken. Denn das Interesse an Vorträgen und Diskussionen muss von den Lehrern und natürlich von den Schülern kommen. Veranstaltungen zur Vermittlung von Selbständigkeit dürfen nicht als willkommene Entspannung vom Lehren und Lernen, sondern als Teil des Curriculums begriffen werden.

***Auch kurzfristig lässt sich mehr Selbständigkeit vermitteln***

Ein differenziertes Bild zeichnet die GEM-Studie von der gründungsbezogenen Ausbildung an Hochschulen. Während die Unterstützung durch Gründungslehrstühle überwiegend positiv beurteilt wird, bietet die Gründungsausbildung an Hochschulen insgesamt reichlich Anlass zur Kritik bei den Experten. Daraus lassen sich zwei Schlussfolgerungen ableiten: Erstens ist die Einrichtung von Gründungslehrstühlen ein wirksames Instrument zur Stärkung des Unternehmertums. Zweitens reicht die Zahl von derzeit rund 50 solcher Lehrstühle nicht aus, um die Defizite insgesamt zu kompensieren. In Gesprächen mit mittelständischen Unternehmern wurde vor allem die auf Großunternehmen gerichtete einseitige Ausbildung der Studenten beklagt. In der breiten Masse wird ebenso wie in der Schule immer noch zu selten das selbständige und kreative Arbeiten gefördert.

Ein Grund dafür mag die starke Präsenz von Großunternehmen und Beratungsgesellschaften in den Universitäten sein, die so zum einen auf Lehrinhalte und zum anderen auf die Ziele der Studenten Einfluss nehmen können. Hieraus resultiert der Eindruck, dass nur noch betriebswirtschaftliche und nicht mehr unternehmerische Kompetenzen vermittelt wer-

***Der Ansatz der Gründungslehrstühle lässt sich auch auf andere Fächer übertragen***

***KMU sind in den Universitäten nur wenig präsent***

den. Letztere bedeuten für einen großen Konzern, in dem Arbeitsteilung vorherrscht, nur selten einen Mehrwert, so dass an diesen bei den Betroffenen auch weniger Interesse besteht. Pointiert ausgedrückt bilden Universitäten eher Manager als Unternehmer aus. Ein Schritt zur Stärkung unternehmerischer Kompetenzen wäre z.B. eine kombinierte Ausbildung von akademischem Wissen und unternehmerischer Praxis, womit nicht die üblichen Praktika in Großunternehmen gemeint sind, sondern vielmehr die Zusammenarbeit mit dem Inhaber eines mittelständischen Unternehmens. In diesem Zusammenhang erscheinen insbesondere die Fachhochschulen einen geeigneten Ansatz zu bieten, da diese durch ihre praktische Ausrichtung am ehesten einen Bezug zu den Unternehmen in der Region haben.

Der schwerwiegendste Grund, warum ein Engagement von KMU in der Praxis oft scheitert, liegt in den begrenzten Ressourcen der KMU. Wollen mittelständische Unternehmen an Hochschulen mehr Präsenz zeigen, werden sie nach kreativen Lösungen suchen müssen. Gerade für die große Zahl kleinerer Unternehmen bieten sich beispielsweise Verbundlösungen an, wobei – gerade zur Organisation – nicht zuletzt die Verbände gefor-

dert sind. Der Staat hingegen kann hier allenfalls die Rolle eines Lotsen übernehmen.

### **Soziale Sicherung und Scheitern**

Zur Kultur der Selbständigkeit gehört auch die Fähigkeit mit Fehlern und Scheitern umzugehen. Eine Kultur, in der lieber nach Ausreden für gemachte Fehler aus Angst vor Bestrafung gesucht wird, behindert den Erkenntnis- und Innovationsprozess. Eine Studie der Ohio State University ergab, dass der größte Teil der befragten Manager einen Fehler am ehesten entschuldigen oder eine geschäftliche Beziehung aufrecht erhalten, wenn der Betreffende mit seinem Fehler ehrlich umgeht und die Verantwortung explizit übernimmt, statt abzuweigeln oder anderen die Verantwortung zuzuschieben.

Ebenso wie Angestellten Fehler unterlaufen, können auch Unternehmer scheitern, wobei dies noch nicht einmal immer auf einen Fehler des Unternehmers zurückzuführen ist. Es ist anzunehmen, dass Menschen in einer Kultur, die den ehrlichen Umgang mit Fehlern fördert, auch weniger Angst haben, mit einem Unternehmen zu scheitern. Geht ein gescheiterter Unternehmer den Ursachen für das Scheitern auf den Grund, wird er den gleichen Fehler vermutlich nicht noch einmal begehen und ist so eigentlich

***Scheitern darf nicht zur Stigmatisierung des Unternehmers führen***

für andere Unternehmen durch seine Erfahrungen wiederum wertvoller bzw. für Banken als Unternehmer ein weniger risikobehafteter Kreditnehmer. Wird in der Gesellschaft hingegen Scheitern als Makel gesehen, kann die Angst zu scheitern zu einem schwerwiegenden Hemmnis für die Gründungsaktivität werden, wie dies in Deutschland nach der GEM-Bevölkerungsbefragung der Fall ist. Während in den USA nur jeder Fünfte angab, die Angst zu scheitern würde ihn davon abhalten, ein Unternehmen zu gründen, traf dies in Deutschland für nahezu jeden Zweiten zu. Nur in wenigen Ländern haben die Befragten ähnlich große Befürchtungen.

Sicherlich ist das gesellschaftliche Bild über einen gescheiterten Unternehmer eine wichtige Determinante für die Gründungsentscheidung, hängt davon doch auch die Chance einer anschließenden Beschäftigung ab. Vor diesem Hintergrund ist die „Kultur des Scheiterns“ auch ein Teil der sozialen Sicherung. Der sachliche und objektive Umgang mit „gescheiterten“ Unternehmern ist dabei die Grundvoraussetzung für eine Gleichstellung von abhängig Beschäftigten und Selbständigen. Inwieweit diese Prämisse in Deutschland erfüllt ist, muss bei dem derzeitig vorherrschenden Unternehmerimage kritisch hinterfragt werden. Zu der notwendigen Versachlichung

würden bereits mehr Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und unternehmerische Zwänge sowohl bei den angehenden Unternehmern als auch in der Gesellschaft allgemein beitragen.

Die Politik kann das Bild vom gescheiterten Unternehmer allenfalls mittelbar ändern. Hier müssen nicht zuletzt Entscheider in Unternehmen umdenken und das Potential ehemaliger Selbständiger erkennen.

Das Ansehen in der Öffentlichkeit ist aber nicht der einzige Grund, warum potenzielle Unternehmer den Schritt in die Selbständigkeit fürchten. Jeder Erwerbstätige wird bei seiner Entscheidung in der Regel die Alternativen abwägen. In diese Überlegungen wird er auch seinen Status nach einem Scheitern einbeziehen. Dabei wird er zum einen feststellen, dass er als entlassener Arbeitnehmer im Gegensatz zum gescheiterten Unternehmer nicht stigmatisiert ist und zum anderen, dass die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland einen Arbeitslosen, der zuvor einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachging, zumindest die erste Zeit in der Arbeitslosigkeit besser stellen als einen gescheiterten Unternehmer. Insofern handelt es sich bei der Angst zu scheitern zum Teil auch um eine Angst vor der Schlechterstellung. Werden

***Ein Scheitern des Unternehmens muss nicht in die Armutsfalle führen***

Gründer in der Startphase noch in ihrem Vorhaben bestärkt und unterstützt, sind sie in der Krise meistens allein und gleiten nicht selten in eine Schuldenfalle. Nach der manchmal nicht zu vermeidenden Aufgabe des Unternehmens folgt dann der schockartige soziale Abstieg zum Empfänger von Arbeitslosengeld II. Das von der Hälfte der in der GEM-Untersuchung Befragten empfundene Unbehagen bei einer Unternehmensgründung hat somit auch handfeste finanzielle Hintergründe.

Die Politik kann also durchaus einen direkten Einfluss auf die Kultur der Selbständigkeit nehmen, indem sie schon bei der Existenzgründungsförderung die Themen Krise und Scheitern berücksichtigt sowie die Förderangebote entsprechend für Unternehmen in Krisensituationen ergänzt. Einen bereits existierenden Ansatz stellen die Runden Tische der KfW Mittelstandsbank dar. Außerdem müsste überlegt werden, inwieweit Selbständige besser in das bestehende System der sozialen Sicherung einbezogen werden können, um angehenden Selbständigen so die lähmende Existenzangst zu nehmen. Zwar besteht seit Februar 2006 die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung, jedoch ist der Kreis der Berechtigten auf die begrenzt, die innerhalb der letzten 24



Monate vor der Selbständigkeit mindestens 12 Monate eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hatten oder eine Entgeltersatzleistung bezogen und unmittelbar vor der Selbständigkeit in einem Versicherungsverhältnis standen oder eine Entgeltersatzleistung erhielten. Damit sind einerseits all diejenigen ausgeschlossen, die unmittelbar – dazu gehören nahezu alle Hochschulabsolventen – nach der Ausbildung oder nach einer Unterbrechung – z.B. Mütter nach einer Kinderpause – ein Unternehmen gründen. Andererseits sind die Regelungen für die, die die Versicherung in Anspruch nehmen können, äußerst großzügig ausgestaltet. Insofern ist es sicherlich sinnvoll, zum einen den Kreis der Antragsberechtigten auf alle Selbständigen auszuweiten und zum anderen, eventuelle Leistungen an den eingezahlten Beiträgen auszurichten sowie eindeutige Kriterien – z.B. die Abmeldung bzw. Löschung des Unternehmens – für den Bezug von Leistungen aufzustellen.

In der Frage, ob eine solche oder weitergehende Versicherung freiwillig oder verpflichtend auszugestalten ist, stehen sich zwei Meinungen gegenüber, die aus verschiedenen Ansichten über das menschliche Verantwortungsbewusstsein resultieren. Die eine Seite knüpft an die Diskussion über meritokratische Güter an, die aufgrund verzerrter Präferenzen vom Bürger zu seinem

eigenen Nachteil nur unzureichend nachgefragt werden. Hierzu gehören unter anderem die Schulbildung der eigenen Kinder und die Gesundheitsvorsorge bei Pflichtversicherten. Die Argumentation geht dahin, dass der Gründer vermutlich gerade in der Investitionsphase das Geld für eine Versicherung sparen wird. Die andere Seite sieht den Unternehmer selbst in der Verantwortung für sich vorzusorgen und weist darauf hin, dass eine erzwungene Einbeziehung in die Sozialversicherung nur neue Hürden aufbauen würde. Weiterhin wird argumentiert, gehört zu einer Kultur der Selbständigkeit eben auch die Eigenverantwortlichkeit.

### **Gründungskompetenz bei Kleinstgründungen**

Ein großer Teil der Gründer verfügt zu Beginn des Unternehmens noch über keine Erfahrung als Selbständiger. Auch hat nicht jeder dieser Gründer das Know-how einer teuren Beratungsgesellschaft zur Verfügung. Dennoch werden an diese Gruppe von angehenden Unternehmern die gleichen Anforderungen im Hinblick auf Gründungsformalitäten, Finanzierung, Vermarktung etc. gestellt wie an Gründer, die über solche Kompetenzen bereits verfügen. Vor allem Kleinstgründungen stehen hier allein aufgrund der beschränkten Ressourcen vor enormen Herausforderungen. Daher mag es

nicht überraschen, dass Gründer nicht immer ausreichend vorbereitet sind.

Eine Vermutung, warum Gründer schlecht auf ihre Unternehmung vorbereitet sind, bezieht sich auf die vermehrte Zahl der Gründungen aus Arbeitslosigkeit infolge der Reformen am Arbeitsmarkt. Der Zusam-

menhang zwischen Gründung aus Arbeitslosigkeit und Qualität der Vorbereitung lässt sich jedoch aus der formalen Qualifikation von zuvor arbeitslosen auf der einen und erwerbstätigen Gründern auf der anderen Seite nicht bestätigen. Nach einer Studie der KfW und des ZEW ähneln arbeitslose Gründer eher den zuvor erwerbstätigen Gründern als den anderen Arbeitslosen. Demzufolge scheint die Gründung aus Arbeitslosigkeit zumindest nicht an einem mangelhaften Bildungsniveau zu scheitern. Auffallend ist allerdings das – zu erwartende – schlechte Verhältnis

von chancen- und notmotivierten Gründungen bei Arbeitslosen. Während nach einer Auswertung des KfW-Gründungsmonitors

2005 insgesamt auf zwei chancenmotivierte Gründungen eine Gründung aus der Not heraus kommt, liegt dieses Verhältnis in der Gruppe der Arbeitslosen bei zwei zu drei. Diesen Gründern jedoch einfach nur mangelndes Engagement vorzuwerfen, würde sicherlich zu kurz greifen. Oft sind Gründer – vor

**Gründungen aus der Not heraus sollten besser vorbereitet werden**

**Besser als neue Förderungen ist die Vernetzung des vorhandenen Angebots**

allem, wenn die Selbständigkeit nicht der eigentlichen Lebensplanung entspricht – mit dem gleichzeitigen Entwickeln eines Geschäftsmodells, Bemühen um eine Finanzierung und Erledigung administrativer Aufgaben überfordert. Die Unternehmer, die erfolgreich aus der Not heraus gründeten, zeigen, dass auch solche Gründungen prinzipiell unterstützt werden sollten. Allerdings sollte der Schwerpunkt dabei auf der Vermittlung von Kompetenz liegen und weniger auf der finanziellen Förderung.

Die Schaffung zusätzlicher Förderangebote stellt zur Abhilfe dieses Problems keine Lösung dar. Deutschland wird laut GEM von Experten eine internationale Spitzenstellung in diesem Bereich attestiert. Es steht außer Frage, dass die Angebote zur kaufmännischen Fortbildung im Grunde vorhanden sind. Die Lösung könnte also darin

bestehen, dem Gründer diese Angebote besser verfügbar zu machen. Ein Mittel zur allokatoren effizienten Steuerung vorhandener Angebote ist die Nutzung von Netzwerken. Zum einen helfen Netzwerke bei der Verbreitung sinnvoller Maßnahmen durch „Mundpropaganda“, indem hier Erfahrungsberichte unter Gründern ausgetauscht werden. Außerdem ermöglichen solche Netzwerke die Akquisition von Aufträgen oder

Schaffung von Kooperationen. Zum anderen können sich Institutionen und Personen – in erster Linie wird dabei an Paten gedacht – vor Ort, die an der Beratung von Gründern beteiligt sind, in Netzwerken organisieren und so die Verzahnung von finanzieller Förderung, Training und gründungsbegleitender Beratung optimieren. Zur Unterstützung solcher Vernetzungen hat die KfW Mittelstandsbank Ende 2005 einen „Leitfaden für regionale Kooperationen zwischen Kreditinstituten, Beratungs- und Wirtschaftsförderungseinrichtungen“ erarbeitet, der diesen Gedanken aufgreift. In jedem Fall ist die Konzentration staatlicher Unterstützung auf die Initiierung und Koordination von Netzwerken zusätzlichen monetären Förderungen vorzuziehen.

Ein ergänzendes Instrument, die Vielfalt an Förderangeboten zu handhaben, könnten Zertifizierungen für Beratungseinrichtungen auf freiwilliger Basis sein. Solche von der Privatwirtschaft organisierten Qualitätsstandards bestehen bereits seit Längerem für eine Reihe von Dienstleistungen und Waren. Keinesfalls sollte jedoch der Staat hier regulierend eingreifen, da eine solche Regulierung sich mit großer Wahrscheinlichkeit nicht an den Bedürfnissen des Marktes ausrichten würde.

## **Wissenstransfer aus der Hochschule in KMU**

In der Öffentlichkeit nehmen die Themen Innovation, Wissensgesellschaft und Forschungsstandort Deutschland in den letzten Jahren einen exponierten Platz ein. So startete 2004 die Innovationsinitiative der Bundesregierung mit dem Ziel, das wissenschaftliche und strategische Know-how zu vereinen, um Ideen schnellstmöglich in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu verwandeln. Tatsächlich belegt Deutschland im internationalen Vergleich der GEM-Untersuchung zum Wissens- und Technologietransfer einen respektablen achten Platz. Betrachtet man jedoch die einzelnen Fragen getrennt, fällt auf, dass der Zugang neuer Unternehmen – im Gegensatz zu großen und etablierten Unternehmen – zu Forschung und Technologie nach dem Urteil der befragten Experten eben doch überwiegend kritisch gesehen wird.

Insgesamt nutzen KMU die Wissenschaft deutlich seltener als Großunternehmen, wie die Auswertung des Mannheimer Innovationspanels für den Mittelstandsmonitor 2005 belegt. Zwar haben viele Unternehmen – kleine wie große – oft einfach keinen Bedarf an einem Wissenstransfer, jedoch erscheint das Potential bei Weitem nicht ausgereizt. Zum einen stehen KMU oft die erforderlichen Ressourcen für eine

Kooperation nicht zur Verfügung. Dies betrifft in etwa in gleichem Maße die Aufwendungen für Personal, Finanzierung und Management der Kooperation. Hier kann die Politik unterstützend eingreifen, indem sie dauerhafte Netzwerke aufbaut. Dazu kann auf die bereits vorhandenen Erfahrungen – beispielsweise aus dem Förderwettbewerb „Netzwerkmanagement-Ost“ (NEMO) – aufgebaut werden. Zum anderen erfolgt der Wissenstransfer aus der Hochschule in kleinere Unternehmen hinein bereits durch die Anstellung von Absolventen.

***Mit Netzwerken lässt sich auch der Wissenstransfer gezielter koordinieren***

Aber auch die Wissenschaft selbst weist Defizite beim Wissenstransfer auf. So wird über alle Unternehmen hinweg bemängelt, dass Informationen und Angebote von Seiten wissenschaftlicher Institutionen fehlen. Im Hinblick auf KMU kommt erschwerend hinzu, dass Lehrstühle in der Regel finanzielle Unterstützung in der Wirtschaft suchen, die aber von kleineren Unternehmen nur selten geleistet werden kann. Nur wenn Hochschulen über eine ausreichende Finanzierung verfügen, können sie auch unabhängig von großen Unternehmen arbeiten. Damit kommen jedoch KMU noch nicht zwangsläufig auch in den Genuss der Ergebnisse. Dazu muss der Wissenstransfer zu KMU hin für den Wissenschaftler ge-

***Eine Partnerschaft von Mittelstand und Hochschule ist prinzipiell möglich***

nauso interessant sein wie die Veröffentlichung in einer renommierten Zeitschrift. Dass ein solcher Transfer möglich ist, zeigen insbesondere die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, die ihren Schwerpunkt in der angewandten Forschung haben. Prinzipiell steht Unternehmen ein vielfältiges Angebot an Forschungsk Kooperationen zur Verfügung. Inwieweit Kooperationen mit Forschungseinrichtungen im konkreten Fall dann zum Erfolg führen, hängt von der Effizienz des Projektmanagements ab.

### **Verständnis für unternehmerisches Handeln**

Wie wichtig die Förderung unternehmerischen Denkens ist, wurde bereits im Kontext zu Erziehung und Ausbildung deutlich. Unternehmer beklagen in Gesprächen aber auch immer wieder, dass ein solches Verständnis auch bei denen nicht vorhanden ist, die einen mitunter erheblichen Einfluss auf den Unternehmenserfolg nehmen. Hierzu gehören sowohl Politiker und Mitarbeiter in Behörden als auch Banken und die Arbeitnehmer des Unternehmens selbst.

Die Rahmenbedingungen in Deutschland im Hinblick auf die Regulierung und Verwaltung werden seit Jahren

von der Wirtschaft, aber auch von internationalen Vergleichsstudien gerügt. Jedoch hat die pauschale Forderung nach Deregulierung und Bürokratieabbau genauso wenig bewirkt wie das Stochern in einzelnen Vorschriften. Auch der internationale Vergleich offenbart bei genauerer Betrachtung ein differenzierteres Bild, als viele Studien es zeichnen. So hat eine Studie der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2001 ergeben, dass Deutschland im Vergleich zu den anderen Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Gründungsformalitäten je nach Rechtsform im oberen oder mittleren Drittel liegt. Durch diese Studie konnten die tatsächlichen Defizite der einzelnen Länder besser aufgezeigt werden, als anhand eines einzelnen Indexes. Solche plakativen und zum Teil dramatisierenden Darstellungen der deutschen Rahmenbedingungen führen allenfalls zu einer Demotivation potenzieller Gründer.

Wenn jedoch die Politik mit ihren Initiativen in Bezug auf die Schaffung eines positiven Bilds von den rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen bislang wenig erfolgreich war, stellt sich die Frage nach alternativen Instrumenten. Dabei wird gerade von KMU angemerkt, dass ihre Interessen im Verhältnis zu denen von Großunternehmen nur wenig Berücksichtigung im Gesetzgebungsprozess finden. Die bisherige Praxis der Anhö-

rung von Verbandsvertretern hat sich im Hinblick auf die Vertretung der Interessen von KMU als wenig hilfreich erwiesen. Gründe dafür sind vor allem die fehlenden Kapazitäten bei KMU und die Heterogenität des Mittelstands. Die Folgen für KMU sind nicht mehr handhabbare Gesetze verbunden mit den entsprechenden Kosten.

Niemand wird erwarten, innerhalb eines Jahres jedes Hemmnis aus dem Weg räumen zu können, jedoch lässt sich durch die institutionalisierte und nachvollziehbar wirksame Einbindung der mittelständischen Wirtschaft in das Gesetzgebungsverfahren neues Vertrauen schaffen und den kleineren Unternehmen signalisieren, dass ihre Bedürfnisse ernst genommen werden. Allerdings zeigt sich an dieser Stelle wieder das Problem der eng bemessenen Ressourcen von Mittelständlern. Es wird kaum einem mittelständischen Unternehmer möglich sein, sich an irgendeiner Form von Kommission zu beteiligen. Diesem Problem durch ein Gremium von mittelständischen Verbandsvertretern zu begegnen, erscheint aufgrund der bisherigen Erfahrungen jedoch auch nicht zielführend zu sein und würde zudem den Gesetzgebungsprozess nur um eine Institution aufblähen. Dem Mittelstand mehr Gehör zu verschaffen wäre aber dennoch möglich. Voraussetzung dafür ist, dass die Einbindung

***Den Mittelstand unmittelbar in den Gesetzgebungsprozess einbeziehen***

von Unternehmen ohne einen spürbaren Mehraufwand für die betreffenden Personen erfolgt. In welcher Form dies geschieht, hängt immer von dem jeweiligen Gesetz ab. Denkbar sind sowohl kurze Anfragen per E-Mail als auch die Einrichtung von Testgruppen sowie in bestimmten Fällen die Einbindung der Verbände. Wichtig in diesem Zusammenhang ist vor allem, dass eine Einschätzung der mittelständischen Wirtschaft zwingend, transparent und öffentlich zugänglich ist.

Regulierung wird in Deutschland nicht allein aufgrund der Gesetzgebung negativ wahrgenommen. Nicht nur von der Politik, sondern auch von Verwaltungen wünschten sich Unternehmen mehr Verständnis. Dabei wird gar nicht behauptet, dass Behörden prinzipiell gegen Unternehmen arbeiten würden. Vielmehr sind erhebliche Unterschiede in der Zusammenarbeit von Unternehmen und Behörden festzustellen. Die Umsetzung geltenden Rechts an der Schnittstelle zwischen mittelständischer Wirtschaft und Verwaltung lässt sich allerdings nur zum Teil durch Gesetze steuern. Daher müssen Verwaltungen – noch mehr als bisher geschehen – lernen, sich bei der Anwendung von Gesetzen in erster Linie an den Bedürfnissen der Bürger auszurichten. Dies wird jedoch

**Beamte könnten viel außerhalb ihrer Amtszimmer lernen**

**Mittelständler müssen verstehen, ihr Unternehmen transparent zu machen, ...**

nicht allein durch neue Leitbilder möglich sein. Von Bedeutung für das Handeln eines Verwaltungsmitarbeiters sind vor allem die Ausgestaltung seines Arbeitsvertrags und die Organisation von Behörde und Verfahren. Darüber hinaus sollten Behörden die Möglichkeiten schaffen, dass sich Mitarbeiter in KMU vor Ort ein Bild von der Unternehmenswirklichkeit machen können, gerade dann, wenn diese eine neue Aufgabe übernehmen.

Eine Kultur der Selbständigkeit wird aber nicht nur durch staatliche Instanzen geprägt. Mindestens genauso wichtig für viele Unternehmen ist die Qualität der Zusammenarbeit von Unternehmer und finanzierender Bank. Hier hat die zunehmende risikoadjustierte Kreditvergabe – nicht zuletzt infolge von Basel II – gravierende Schwächen auf beiden Seiten offengelegt. Auf Seiten der Unternehmen wird dies besonders an der immer noch mangelhaften Transparenz ersichtlich. Nach Auswertung der KfW-Unternehmensbefragung 2005 in Kooperation mit 25 Wirtschaftsverbänden gaben rund 42 % der befragten Unternehmen an, die Kreditbeziehungen haben sich weiter verschlechtert. Von diesen Unternehmen sahen knapp 60 % den Grund dafür in den Anforderungen an die Offenlegung.

Allerdings machten auch fast genauso viele Unternehmen das Verlangen der Bank nach zusätzlichen Sicherheiten verantwortlich. Hingegen spielte nur für knapp 21 % der höhere Zinssatz eine Rolle, während insbesondere kleinere Unternehmen mit bis zu einer Million Euro Umsatz erhebliche Probleme hatten, überhaupt noch einen Kredit zu erhalten (ca. 47 % der betreffenden Unternehmen). Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten bei der Unternehmensfinanzierung eben nicht allein von den Unternehmen zu verantworten sind. In Gesprächen beschwerten sich gerade kleine Unternehmer nicht selten über fehlendes Interesse seitens der Bank. Es wird weniger – so der Vorwurf – nach der Rentabilität des Geschäfts als mehr auf vorhandene Sicherheiten geachtet. Banken übersehen dabei das Ziel von Basel II, in das Rating nicht nur harte Faktoren wie Bilanzkennzahlen, sondern eben auch weiche Faktoren wie z.B. Unternehmenskultur und Marktposition einzubeziehen. Zur Beurteilung solcher qualitativer Faktoren bedarf es allerdings einer entsprechenden Qualifikation der Mitarbeiter der Kreditinstitute, die bisher noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden zu sein scheint.

Jedoch ist die Qualität des Ratings nicht das einzige Problem, das insbe-

**... Banken, Entscheidungen unternehmerisch nachvollziehbar zu treffen**

sondere kleine Unternehmen beklagen. Wenn der Firmenkundenberater sich noch nicht einmal über das zu finanzierende Geschäft beim Unternehmer erkundigt, hilft auch alles Bemühen um Transparenz nicht.

Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um Inkompetenz. Mitunter wird von Banken angeführt, dass sich Mikrodarlehen betriebswirtschaftlich nicht rechnen. Ein genannter Grund dafür sind die administrativen Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, kurz BaFin. Auch die Förderdarlehen der KfW können nur begrenzt Abhilfe schaffen, da selbst die Provisionen für die durchleitende Hausbank nicht deren Kosten infolge des fixen Bearbeitungsaufwands decken. Wenn eine die Selbständigkeit fördernde Kultur dazu beitragen soll, dass sich die Finanzierung von Unternehmungen an der Rentabilität des Vorhabens orientiert, müssen die Kosten für die Kreditvergabe möglichst niedrig gehalten werden. Der Staat sollte daher zumindest die von ihm verursachten Kosten ständig kritisch prüfen und gegebenenfalls minimieren.

Schließlich sind auch die Arbeitnehmer ein wichtiger Teil einer Kultur der Selbständigkeit. Die Einstellung der Angestellten zur Selbständigkeit wirkt sich nicht nur auf die Anstellung von Beschäftigten, sondern ebenso auf die Entscheidung über eine Unterneh-

mensgründung aus. Denn wenn Unternehmer befürchten müssen, keine geeigneten Mitarbeiter zu finden, die im Hinblick auf die Unternehmung die gleiche Sprache sprechen, hat dies auch Einfluss auf die Erfolgs- und Wachstumserwartungen. Zwar haben Unternehmer und Arbeitnehmer zumindest in Bezug auf das verteilbare Residuum entgegengesetzte

Interessen, müssten aber bei der Erwirtschaftung desselben eigentlich an einem Strang ziehen. Hinweise über die Gründe, warum Unternehmer mitunter das Gefühl haben, der Beschäftigte verfolge nur seine eigenen Interessen, aber nicht die des Unternehmens, gibt eine Studie des IfM Bonn zur Mitarbeiterbeteiligung aus dem Jahr 2002. Danach wirken Mitarbeiterbeteiligungsmodelle am ehesten in kleinen Unternehmen oder bei Angehörigen der oberen Hierarchieebenen bzw. ausgewählten Leistungsträgern. Dies ist insofern nachvollziehbar, da in diesen Fällen ein direkter Zusammenhang zwischen der eigenen Leistung und dem Unternehmenserfolg beobachtet werden kann. Die Auswertung des IfM ergab weiterhin, dass Unternehmen, die Mitarbeiterbeteiligungsmodelle nutzen, auch überdurchschnittlich häufig immaterielle Beteiligungselemente eingeführt haben. Hierzu gehören Betriebsräte, institutionalisierte Mitar-

***Auch der Arbeitnehmer trägt Verantwortung für das Unternehmen***

***Betriebsräte können die Partizipation der Mitarbeiter und damit den Unternehmenserfolg stärken***

beiterbesprechungen, Qualitätszirkel und die Beteiligung der Mitarbeiter an wichtigen Unternehmensentscheidungen.

Solche Instrumente ermöglichen die Kommunikation zwischen Unternehmen und Mitarbeiter, wodurch zum einen der Beitrag des einzelnen Mitarbeiters zum Unternehmenser-

folg für beide Seiten besser einschätzbar wird und zum anderen die Beschäftigten so eine unternehmerische Verantwortung erhalten. Auf diese Weise wird dem Trittbrettfahrerproblem – und damit verbunden dem geringen Interesse mit eigener Leistung selbständigen Unternehmenserfolg zu stärken – begegnet. Vor diesem Hintergrund können insbesondere Betriebsräte eine wichtige Funktion für eine Kultur der Selbständigkeit im Unternehmen übernehmen, sofern jene diese Rolle annehmen und den erforderlichen Spielraum erhalten.

Allerdings ist in den Gewerkschaften der Meinungsbildungsprozess noch nicht zum Abschluss gekommen. Dementsprechend viele Vorbehalte gibt es nach wie vor bei den Arbeitnehmervertretern. Um Unternehmen und Betriebsräte aber bei der Ausgestaltung von Partizipationsmodellen zu unterstützen, müssen sich die Gewerkschaften von alten Strukturen lösen,



die eher auf größere Betriebe mit freigestellten Betriebsräten und die Mitbestimmung gerichtet sind. Partizipation ist mehr als nur Mitbestimmung und beinhaltet eben auch Verantwortung sowie unternehmerisches Denken.

Der Unternehmer muss im Gegenzug jedoch auch die Bereitschaft zeigen, das Unternehmen für die Mitarbeiter transparent zu machen und eine echte Partizipation zuzulassen. Ebenso wie sich die Gewerkschaften vom Klassenkampf verabschiedet haben, so hat auch der Unternehmenspatriarch als Vorbild ausgedient. Fordert der Unternehmer von seinen Beschäftigten eine Mitverantwortung, kommt er nicht darum herum, Gestaltungsmacht zu teilen.

Inwieweit sich Unternehmen und Arbeitnehmer auf eine Partizipation verständigen, hängt vor allem in mittelständischen Betrieben von den Betroffenen selbst ab. Echte Partizipation lässt sich nicht verordnen. Gesetzliche Verpflichtungen wären eher kontraproduktiv und können auch nicht alle betrieblichen Besonderheiten berücksichtigen. Dem Staat kommt in diesem Kontext mehr die Aufgabe zu, den ordnungspolitischen Rahmen so zu gestalten, dass Partizipation grundsätzlich, wenn sie denn von Arbeitnehmern und -gebern gewünscht wird, möglich ist. Dazu muss allerdings noch eine Reihe von Fragen sowohl im Bereich des Arbeits-

rechts als auch in Bezug auf das Steuer- und Sozialversicherungsrecht geklärt werden. So stellt sich beispielsweise die Frage, wie Mitarbeiterbeteiligungen steuer- und sozialversicherungsrechtlich behandelt werden sollten. Dahinter steht die Forderung, Entgelte nur dann mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zu belegen, wenn diese dem Arbeitnehmer auch tatsächlich zugeflossen sind. Dieses Prinzip wurde mit der nachgelagerten Besteuerung im Hinblick auf die Altersvorsorge bereits eingeführt. Das Dilemma dabei ist, dass dem Arbeitnehmer auf der einen Seite streng genommen – wenn auch immaterielle – Vermögenswerte in Form von Rechten zufließen. Allerdings stehen ihm auf der anderen Seite keine Mittel zur Begleichung der Steuer- und Sozialversicherungsschulden zur Verfügung.

Die Komplexität allein dieses Beispiels zeigt, dass sich solche Fragen nicht nur technokratisch beantworten lassen; vielmehr müssen an einer solchen Diskussion alle betroffenen Gruppen beteiligt werden. Hieraus ergibt sich der Auftrag an die Politik, diesen Prozess zu gestalten und die verschiedenen Alternativen, die sich aus der Diskussion ergeben, zu beurteilen sowie gegebenenfalls den gesetzlichen Rahmen zu ändern.

**Die Politik kann nur den Rahmen schaffen**

teiltigt werden. Hieraus ergibt sich der Auftrag an die Politik, diesen Prozess zu

## Referenten, Mitglieder der Arbeitsgruppe, Moderator

<b>Klaas Hübner</b>	Mitglied des Deutschen Bundestags
<b>Dr. Gabriele Kirch-Verfuß</b>	WISSENSWERT Unternehmensberatung
<b>Horst Kuschetzki</b>	Edscha AG
<b>Michael Richter</b>	Institut für Wirtschafts- und Politikforschung, Richter & Schorn
<b>Harald Schaefer</b>	Cologne Chip AG
<b>Manfred Schmidt</b>	schmidt + brandt dienstleistung
<b>Michael Schorn</b>	Institut für Wirtschafts- und Politikforschung, Richter & Schorn
<b>Dr. Margarita Tchouvakhina</b>	Abteilungsleiterin Volkswirtschaftliche Abteilung, KfW Bankengruppe
<b>Jürgen Vahlberg</b>	Stv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen
<b>Helmut Weber</b>	Friedrich-Ebert-Stiftung
Moderation der Veranstaltung:	
<b>Dr. Hans-Jürgen Arlt</b>	freier Publizist und Kommunikationswissenschaftler

## Zum Arbeitskreis Mittelstand

Mit dem im Dezember 2002 gegründeten **Arbeitskreis Mittelstand** stellt die Friedrich-Ebert-Stiftung erstmals ein Forum bereit, das sich ausschließlich mit den Belangen und Interessen der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland befasst.

In diesem Arbeitskreis engagieren sich Unternehmer, Mittelstandsvertreter, Politiker, Wissenschaftler und Verwaltungsexperten. Wichtige grundlegende und zukunftsorientierte mittelständische Unternehmen betreffende Fragestellungen werden im Vorfeld politischer Entscheidungen aufgenommen und diskutiert. Bei der Erarbeitung von Lösungsansätzen steht die sozialverträgliche Erhaltung und Stärkung der Innovations- und Investitionsfähigkeit mittelständischer Unternehmungen im Vordergrund.

Der Arbeitskreis gibt sich die zu bearbeitenden Themen selbst vor. Er sieht sich als offenes Forum, das sich unabhängig von anderen Gremien mit Mittelstandsfragen beschäftigt. Neumitglieder, die sich mit den Aufgaben und Zielen des Arbeitskreises identifizieren, sind jederzeit willkommen. Die wissenschaftliche Begleitung der Themen erfolgt durch das Institut für Wirtschafts- und Politikforschung Richter & Schorn, Köln ([www.iwp-koeln.org](http://www.iwp-koeln.org)).

## Bislang erschienene Publikationen:

**Wo drückt der Schuh? - Die zehn Hauptprobleme des deutschen Mittelstands**, Dezember 2002

### **Die Steuerpolitik durchforsten**

Ein Diskussionsbeitrag zu einer mittelstandsfreundlichen Steuerpolitik  
März 2003

### **Die Mittelstandsfinanzierung gezielt ausrichten**

Ein Diskussionsbeitrag für ein mittelstandsfreundliches Finanzierungsumfeld (mit Informationen zu Basel II)  
Juli 2003

### **Die Wirtschaft entfesseln: Bürokratie konsequent abbauen**

Ein Diskussionsbeitrag zur Entlastung des Mittelstands  
Dezember 2003

### **Hartz, Agenda 2010 und andere Konzepte**

Reformbedarf und Zwischenergebnisse aus mittelständischer Sicht, Januar 2004

### **Der schmale Grat zwischen Entbürokratisierung und Arbeitsschutz**

Die Novellierung der Arbeitsstättenverordnung, Juni 2004

### **KMU und Innovation**

Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen durch Innovationsnetzwerke,  
Oktober 2004

**Die Zukunft des Standorts Deutschland sichern** – Innovative Ideen für einen starken Mittelstand, März 2005

### **Neue Wege der Mittelstandsfinanzierung – Chancen ergreifen, Risiken vermeiden**

Ein Diskussionsbeitrag zur Mittelstandsfinanzierung, September 2005

### **Konkurrenzfähigkeit und Beschäftigungssicherung im Mittelstand**

Modernisierte betriebliche Arbeitsbeziehungen als Wettbewerbsfaktor,  
Dezember 2005

### **Gesetzesfolgenabschätzung und Bürokratieabbau**

Wunderwaffe für die Entlastung des Mittelstands?, September 2006

---

### **Download unter:**

**[www.fes.de/wirtschaftspolitik/](http://www.fes.de/wirtschaftspolitik/)**

→ Arbeitskreise → Mittelstand

### **Kontakt:**

Helmut Weber  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Wirtschafts- und Sozialpolitik  
[Helmut.Weber@fes.de](mailto:Helmut.Weber@fes.de)

